

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Amtliches
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespaltene Kleinzeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 200

Stolp, Freitag, den 27. August 1926

50. Jahrgang

Das Raten um die Ratsitze.

Stresemann im Auswärtigen Ausschuss.

Berlin, 26. August. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat heute unter dem Vorsitz des Abg. Herat (Deutschn.) zusammen, um Erklärungen der Reichsregierung entgegenzunehmen. Zunächst behandelte Dr. Stresemann in einer über eine Stunde währenden Rede die außenpolitische Lage. Alsdann sprachen die Abg. Kaas (Ztr.) und Graf Westarp (Deutschn.). Die Aussprache war vertraulich. Neben dem im Mittelpunkt stehenden Völkerverbundproblem wurden auch die Befähigungs- und Entwaffnungsfragen sowie die Verhältnisse im besetzten Gebiet eingehend erörtert. Im weiteren Verlauf der Sitzung nahmen noch die Abg. Dernburg (Dem.), Stöcker (Komm.), Dr. Bredt (Wirtschaftliche Vereinigung), Wallraf (Dmatl.), Hilferdings (Zoz.), Graf Reventlow (Völk.), Dr. Scholz (Dt. Vpl.), Dr. Quast (Dmatl.) und Rosenbera (Komm.) das Wort. Reichsminister Dr. Stresemann beantwortete zusammenfassend verschiedene Fragen, die sich aus der Diskussion ergaben. Zwei kommunistische Anträge, die den Nichtertritt in den Völkerverbund und die Einberufung des Reichstagsplenums vor der Völkerverbundtagung wünschten, wurden abgelehnt. — Hierauf vertagte sich der Ausschuss. Die Einberufung der nächsten Sitzung wurde dem Ermessen des Vorsitzenden überlassen.

So weit der offizielle Bericht. Er verschweigt völlig, was denn nun eigentlich geratet und getatet worden ist. Gewiß ist Staatspolitik nicht immer geeignet für den offenen Markt. Daß aber die Stellungnahme Stresemanns zu den schwebenden Fragen, die Erklärungen der Parteivertreter wenigstens in großen Zügen mitgeteilt werden könnten, steht außer jeder Frage. Ein Beweis dafür ist ja auch, daß diese und jene Pressevertreter persönlich allerlei erfahren durften! So kann das „Berliner Tageblatt“ melden:

In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses ließ Stresemann keinen Zweifel darüber, daß eine Abreise der deutschen Delegation nach Genf erst dann in Frage kommen könne, wenn die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund gesichert und die Frage des ständigen Ratsitzes für Deutschland völlig geklärt ist. In der Aussprache sei zum Ausdruck gekommen, daß der Auswärtige Ausschuss diese Haltung der Reichsregierung billige.

Der „Votalanzeiger“ aber hat vernommen: Der Ueberblick, den Dr. Stresemann über die letzten diplomatischen Verhandlungen in der Völkerverbundfrage gegeben hat, soll im großen und ganzen einen zureichenden Eindruck hinterlassen haben. Die Aussichten auf eine glatte Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund hätten sich verstärkt. Es bleibe allerdings dann die Frage, was nach der Aufnahme Deutschlands in den „Völkerverbund“ und nach seiner Zuwahl als ständiges Mitglied im Völkerverbundsrat geschehen werde.

Und wieder von anderer Seite verlautet: Ueber Eugen-Malmedy führte Stresemann aus, daß durch irreführende Demonstrationen die Wahrheit etwas verschleiert worden sei. Die Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen hätten zwar nicht durch offizielle Persönlichkeiten stattgefunden, aber durch Vertrauensmänner der beiden Regierungen, die zu diesen Besprechungen autorisiert waren.

Konnten nicht alle diese Mitteilungen offiziell verbreitet werden? So bleibt es doch zweifelhaft, ob z. B. das demokratische „Tageblatt“ die Dinge richtig wiedergibt, nicht etwa in seinem Sinne parteipolitisch gefärbt. Auf alle Fälle bedeutet die geringe Unterlassung ein denkbar geringes Verständnis für die Aufgaben der Presse und eine Nichtachtung des Volkes. Wie meinte doch Herr Marx in Köln? Das Volk sei der Staat, jeder einzelne Staatsbürger mitverantwortlich für die Gesamtheit! Unter seinem Reime aber braucht anscheinend dieses Volk nicht zu wissen, was seine erlauchten Häupter sinnen und planen.

Der Mißerfolg der Juristenbesprechung. Der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris“ schreibt, daß der Pessimismus der Londoner Regierung in bezug auf die Genfer Tagung durch den Mißerfolg der Juristenbesprechung noch verstärkt würde. Es sei keine Einigung in der Frage der halbständigen Ratsitze erzielt worden, da sich keine Lösung habe finden lassen, ohne die Empfindlichkeit der kleineren Mächte zu verletzen. Andere Pariser Meldungen wiederholen die Behauptung, „man“ (d. h. wohl England und Frankreich) habe sich darüber geeinigt, die spanische Forderung nach einem Mandat über Tanger in Genf nicht zur Sprache kommen zu lassen, doch ist es offenbar, daß man in letzter Stunde noch ein Vermittlungsangebot sucht, bei dem sich Spanien zufrieden geben könnte.

Polen besteht auf den Ratsitz! Warschau, 26. August. Der Minister des Auswärtigen, Zaleski, äußerte sich vor seiner Abreise nach Paris u. a.:

Ich reise zur Völkerverbundtagung in der Hoffnung, daß die Staaten unsern bestimmten Willen, in den Völkerverbundsrat einzutreten, richtig einschätzen und den Rat Polens als eines Mitarbeiters an der Sicherung dauernden Friedens zu würdigen wissen werden. Wenn man in Genf diese Momente entsprechend verstehen wird, dann unterliegt es keinem Zweifel, daß Polen als ständiger Mitarbeiter dem Völkerverbund beiträgt.

Auch Belgien will im Rat bleiben.

Der belgische Außenminister Vandervelde empfing die Pressevertreter und erklärte, die belgische Regierung werde auf alle Fälle daran festhalten, daß sie ihren nichtständigen Ratsitz in Genf nicht verliere. Es erscheine nicht angängig, daß Belgien in dem Augenblick, da Deutschland in den Völkerverbund einträte, aus dem Rat ausscheide. Belgien werde daher sobald die Ausführung der Cecilischen Reformpläne die allgemeine Aufhebung der nichtständigen Ratsitze durchgeführt werde, sofort einen Anspruch auf einen nichtständigen wiederwählbaren Ratsitz erheben.

Vandervelde erklärte, das beste sei, wenn nach Auflösung der nichtständigen Sitze die Neuverteilung dieser Sitze der Vollversammlung überlassen würde. Im übrigen halte sich Belgien an die Beschlüsse der Studienkommission und wünsche lediglich, daß den polnischen und spanischen Ansprüchen Rechnung getragen werde. Die belgische Regierung lege selbstverständlich großen Wert darauf, daß durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund der Locarnovertrag die vorgegebene Sanktionierung erfahre.

Wo sind die Locarno-Früchte?

Die amerikanische Zeitung „Newport World“ sagt zur Frage Eupen-Malmedy:

„Ein kühnbares Unrecht, wie die Wegnahme Eugen-Malmеды zugunsten Belgiens, kann in Deutschland wohl nicht begangen werden. Das Reich kann schon aus Selbstachtung nicht den Standpunkt aufgeben, daß Eupen-Malmedy und das Saargebiet unbefreitbar deutsche Gebiete sind. Ihre Rückkehr in den alten Verband sollte eine der Früchte von Locarno sein.“

Sollte! Was sollten nicht alles die Früchte von Locarno sein! Die Bäume unserer Staatsmänner grünen, blühen, setzen auch an — allein die Früchte fielen ab, ehe sie sich zu entwickeln vermochten. Nun hofft man auf den Völkerverbund. Der „Newport World“ aber möchten wir empfehlen, auf dem begangenen Wege weiterzuschreiten; sie würde letzten Endes die Entdeckung machen, daß Deutschland „schon aus Selbstachtung“ nicht den Standpunkt aufgeben kann: Weg mit dem Versailler Diktat! Nicht Locarno, nicht Genf bergen unser Schicksal — nur die unbedingte Lösung: Los von Versailles! — gibt uns zunächst einmal die Selbstachtung wieder.

Derbe Wahrheiten für Genf und Madrid.

„Bestechung mit anderer Leute Eigentum.“

London, 26. August. Die englische Presse beschäftigt sich heute eingehend mit der Frage der Umgestaltung des Völkerverbundes und dem Problem der Zone von Tanger. „Daily News“ äußert sich optimistisch und vertritt die Meinung, in britischen Kreisen glaube man nicht mehr, daß die Tangerfrage in Genf eine Krise verursachen werde. „Times“ äußert Bedenken gegen die Uebertragung des Mandates über das Tangergebiet an Spanien. Das Blatt führt aus: Artikel 22 der Völkerverbundstatuten, der die Mandatsfrage regelt, bezieht sich lediglich auf Gebiete, die nach den Friedensverträgen von 1918 einem Besitzwechsel unterzogen wurden. Gegen die Anwendung der Mandatsgrundsätze auf die Tangersonne können also erhebliche völkerrechtliche Einwendungen erhoben werden. Das Blatt hebt im übrigen hervor, daß nach britischer Auffassung die Rats- und Tangerfrage voneinander zu trennen seien und bemerkt, daß Änderungen in Marokko Frankreich mehr als Großbritannien angehen. In einer aus Tanger stammenden Meldung des Blattes wird zum Ausdruck gebracht, daß, da Marokko der Souveränität des Sultans unterstehe, das Mandat über Tanger nur in der Form in Frage komme, daß der Sultan selbst unter Zustimmung der Maghrib-Mächte Spanien das Mandat überträgt. Im „Daily Telegraph“ berichtet Pertinax aus Paris, die französische Regierung scheine geneigt zu sein, zur Vereinfachung und Erleichterung der Lösung der Tangerfrage seine vorherrschende Stellung in der Verwaltung Tangers an Spanien abzutreten, das dann den Vorsitz im Kontrollauschuss und den Posten des Hauptverwalters über-

teilt erhalten würde. „Daily Express“, der die Umstände, unter denen der Völkerverbund wieder zusammentritt, als kaum weniger verhängnisvoll als im vergangenen März bezeichnet, erklärt zu dem von Spanien geltend gemachten Anspruch auf Tanger, es sei ein sehr ärmtliches Zeugnis für den Völkerverbund, wenn seine Mitglieder immer mit dem Eigentum anderer Leute bestochen werden müssen, sobald sie mit dem Austritt aus dem Völkerverbund drohen.

Die Auslassungen der „Daily News“ bezüglich des Tangermandates dürften zutreffen. Spanien wird mit seinem Versuch, die Tangerfrage mit der Genfer Ratsitzfrage zu verbinden, einen Mißerfolg ernten, wenn es ihm nicht gelingt, eine Einigung mit den Tanger-Mächten außerhalb der Genfer Luft zu finden. Da baut aber England klugerweise rechtzeitig vor und verweist auf Frankreich, als dem hauptsächlich in Betracht kommenden Adressat Madrider Wünsche. Hinter Madrid steht aber Rom und eine diplomatische Niederlage Brimos ist eine solche Mussolinis, dem die Tür zur Pariser Tangerkonferenz vor der Nase zugeschlagen wurde.

Es kommt der Tag!

Deutsche unter Dänenherrschaft.

Hlensburg, 26. August. Der Verband der Vereine heimattreuer Nordschleswiger vertritt zu der Kundgebung nordischer Parlamentarier über die deutsch-dänische Grenze eine Erklärung, in der u. a. gesagt wird:

„Der Grundton der ganzen Kundgebung war abgestimmt auf das Bekenntnis Scandinaviens für die dem deutschen Volke durch Gewalt aufgezwungene Grenze. Der Verband der Vereine heimattreuer deutscher Nordschleswiger bebauert den Standpunkt der fremden Parlamentarier, welche die Verhältnisse Nordschleswigs nur aus einseitiger Führung und Unterordnung kennen gelernt haben. Ihnen hat niemand gesagt, daß die Zeit und die Art der Abstimmung an und für sich ein ungeheures Unrecht an Deutschland war, sie wußten nicht, daß in über 40 Städten und Gemeinden sich am 10. Februar 1920 eine deutsche Mehrheit in Nordschleswig ergab. Sie denken nicht daran, daß in Tondern mehr als dreiviertel aller Einwohner sich treu zum Deutschtum stellten, daß die Deutschen unter den drohenden französischen Bajonetten abstimmen mußten.“

Aber wissen sollen sie, die nordischen Parlamentarier, daß unrecht Gut nicht gedeiht, und daß Dänemark sich dereinst doch noch an den Verhandlungstisch mit Deutschland setzen wird, wenn das Streben der Schleswig-Holsteiner erfüllt und die Welt erkannt haben wird, daß die deutsch-dänische Grenze von 1920 ein Faustschlag in das Gesicht Deutschlands ist. Dann sollen Recht und Gerechtigkeit die Grenzlinie ziehen zwischen uns und unseren nördlichen Nachbarn.“

Die Einheitsfront in Sachsen.

Der sächsische Landesbürgerrat teilt mit, daß mit den Vertretern der Wirtschaftsorganisationen eine unverändliche Aussprache über den Gedanken eines weitreichenden bürgerlichen Zusammenschlusses für die sächsischen Wahlen stattgefunden hat, in deren Verlauf die Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und der völkisch-sozialen Arbeitsgemeinschaft dem Einheitsgedanken rückhaltlos zustimmen. Auch der Vertreter der Wirtschaftspartei habe erklärt, er stehe dem Vorschlag des Landesbürgerrats sympathisch gegenüber, wolle sich jedoch nicht endgültig binden. Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten hätten sich zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt. Sie behielten sich jedoch ebenfalls eine endgültige Stellungnahme vor.

Als Ergebnis der Verhandlungen sei der einige Wille der sächsischen Wirtschaft und der großen bürgerlichen Parteien zum Zusammenschluß für die Landtagswahlen festzustellen. Weitere Verhandlungen mit dem Ziele, diesem Willen bald eine feste äußere Form zu geben, seien im Fluß.

Ganz zweifellos würde es einen großen Fortschritt bedeuten, wenn dieser bürgerliche Zusammenschluß erfolgen würde. Es ist sehr bemerkenswert, daß der Gedanke auf fruchtbaren Boden gefallen ist, selbst dann, wenn in Betracht gezogen wird, daß die Sachsen recht eindringlich erfahren haben, was Sozialistenwirtschaft in Reinkultur bedeutet.

Eine neue Spur in Leiferde?

Was zwei Holländer Fahrgäste berichten.

Die Kriminalpolizei in Hannover glaubt eine neue Fährte aufgefunden zu haben, die zur Entdeckung der Täter führen könnte. Kriminalpolizei, Staatsanwalt und ein Mitglied des Ueberwachungsamtes der Reichsbahn sind gemeinsam unterwegs, um die erforderlichen Feststellungen zu machen. Näheres

Achtung!
Sonntag, den 5. September

Ämtliche Bekanntmachungen.

Der Arbeiter Johann Riegle aus Stolp beabsichtigt auf seinem an der Stolpmünder-Chaussee beim Rathhufweg gelegenen Grundstücke ein wirtschaftliches Gehöft zu erbauen und hat den Antrag auf Erteilung der An siedlungsgenehmigung gestellt.

Dieses Vorhaben wird gemäß § 13—16 des An siedlungsgesetzes vom 25 August 1876 mit dem Bemerkten

10 August 1904

zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß gegen den Antrag von den Eigentümern, Nutzungsgebrauchsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlussfrist von 21 Tagen bei der Polizei-Verwaltung hier Einspruch erhoben werden kann, wenn der Einspruch durch Tatsachen begründet wird, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Ansiedlung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke gefährden werden. (§ 15 des An siedlungsgesetzes).

3. August 1926.

Der Magistrat.

Krieger-Verein 1876 Stolp.

Zur Einweihung der Heldengedenkrampsbahn Hebrondammik

marschiert der Verein am Sonntag den 29. August 1926, vorm. 10¹/₂ Uhr vom Schweizergarten ab

Der Vorstand III.

Hausfrauen scheuen Sie nicht die paar Schritte zum Stephanplatz.

Sie kaufen ebenso preiswert wie anderweitig.

Empfehle **Pflaumen!**

Herbstpflaumen zum Einmachen

1 Pfund 35 Pfennig — bei 10 Pfund 33 Pfennig.

Tomaten!

1a Tomaten 35 Pfg. Gute Tomaten 25 Pfg.

Graubirnen!

zum Einmachen 25 Pfg. — bei 10 Pfd. 23 Pfg.

Weintrauben 50 Pfennig.

Billige Gurken, zarten Blumenkohl und Gemüse.

Fernruf 924. Ernst Knop, Stromstraße 6.

Damen-Winter-Hüte

werden umgepreßt und gefärbt.

Sammelhüte werden umgearbeitet.

Eigene Verarbeitung! Kein Fortschicken!

Neue Damen-Hüte

in großer Auswahl zu soliden Preisen.

Stolper Stroh- und Filzhutfabrik

Marienstraße 5-6.



TECHNIKUM STRELITZ i. M.

Höheres techn. Institut f. Architekten, Bau-, Beton- u. Eisenbau-, Maschinen-, Elektro- und Heizungswesen. Programm frei

Superphosphat 18%
Thomasmehl (Sternmarke)
Kali und Kainit
ab Lager bietet billigst an
Karl Schröder

Fernruf 509.

Mittelstr. 43.

Weinhandlung Bahnhofshotel

Preiswerte Angebote auch in **Spirituosen.**

1921er Spitzengewächse.

In Weinstuben:

Ausschank von Qualitätsweinen bester Jahrgänge.

Anerkannt gediegene Küche.

Mittagstisch auch im Abonnement.

A. Schmidt.

Dr. Höpfners

Chirurg. u. orthopäd. Privat-Klinik
Stolp i. Pom. — Wasserstr. 20.

Neuzeitliche Röntgen-Anstalt

Behandlung von Geschwülsten operativ oder durch Tiefenbestrahlung.

Werktagl. 9—11, 3—4.

Franz Hackbarth

Kirchplatz 12 Weingroßhandlung Fernspr. 405

Alkoholfreie Wormser Traubensäfte

empfiehlt

Weissweine

Rotweine

Südweine

Schaumweine

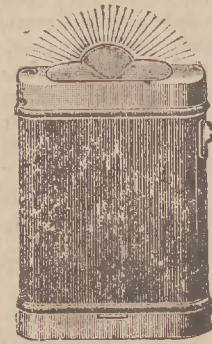
Spirituosen

Liköre

Spiritus vini

Medizinische Weine

Achtung!
Sonntag, den 5. September



Taschenlampen Batterien

stets frisch in bekannt bester Qualität
sehr preiswert bei mir zu haben.

UHRMACHER KUNST

Stolp i. Pom., Holstentorstr. 5

Maschinen-
Zylinder-
Motoren-
Zentrifugen-
Auto-
Leder-
Maschinen-
Wagen-
Leder-
Huf-

Oele Fette

1a. Treibriemen

2-teilige Holzriemenscheiben

J. de Veer, Stolp, Langestr. 13.

Fernspr. 392.

Gegr. 1862.

Zwangs-Versteigerung

am 28. August 1926, vorm. 10 Uhr in Stolp, Sandberg 1:

- 1 Flügel (Bösendorfer),
- 1 dreiarml. Bronceleone,
- 1 Sportpelz, 1 Motor (3 PS), 1 Aktenschrank,
- 1 Schreibmaschine (Abler),
- 1 Delgemälde, 3 Büffets,
- 1 Anrichte, 1 Ausfahr-
schlitten, 2 Ausfahr-
wagen, 1 Rollwagen,
- 1 Schreibtisch, 1 Standuhr
um 4 Uhr nachm. in Stolp-
münde, Treffpunkt Hote-
l Fürst Blücher:
- 1 Nähmaschine, 1 Dresch-
kasten, 1 Ausfahrwagen,
- 1 Büffel, 1 Anrichte,
- 1 Harmonium, 1 Maler-
rüstung, Kinderwagen

öffentlich, meistbietend gegen bar.

Schennemann,
Ober-Gerichtsvollzieher
Stolp, Uhlendstr. 12.

Freibant.

Sonabend, den 28. August,
vorm. 8 Uhr

Verkauf von Rind- und
Schweinefleisch.

Die Schlachthofverwaltung.

F. W. Feiges

Buchdruckerei
Stolp i. Pom.

Fernruf 18 Präsidentenstr. 45

Anfertigung von

Drucksachen

aller Art

in schwarz und farbig.

Achtung!
Sonntag, den 5. September

Börsen-Interessenten

erhalten unsere wöchentlichen Börsenberichte auf Wunsch gratis regelmäßig zugesandt.

v. Bischoffshausen & Co., Bankgeschäft
Berlin S. W. 68, Friedrichstraße 207.

Achtung!
Sonntag, den 5. September